

Deutschland.

Berlin, 19. März. Die „Kr.-Ztg.“ schreibt: Wir haben eine ernste Thatsache zu konstatiren. Oesterreich und Sachsen rüsten, — wir wissen nicht. Bei Rüstungen in so kritischen Situationen trägt derselbe die ganze Schwere der Verantwortung, welcher dieselben beginnt. Er zwingt den Andern zu Gegenrüstungen. Der erste Schritt ist verhängnisvoll, und er ist geschehen. Oesterreich zieht die Beurlaubten ein und beginnt Truppen in Böhmen und Galizien zu konzentriren. Sachsen hat, abgesehen von der beschleunigten Rekruten-Einstellung, heimlich die Einziehung der Reserven angeordnet und die Ordre gegeben, daß die Einberufenen, ohne Dresden zu berühren, zu den Truppen zu stoßen haben. Bei Sachsen dürfte die Sache keine Verwunderung erregen: denn bei dem blühenden Finanzzustande des Königreichs hat Hr. v. Beust die Kosten nicht zu scheuen. Sachsen würde den einige Monate währenden Kriegszustand der Armee mit eben so großer Leichtigkeit ertragen können, als die Unkosten, welche der bekannte Umweg des sächsischen Kontingents auf dem Rückwege aus Holstein verursachte. Anders ist es aber in Bezug auf Oesterreich. Das dringendste Bedürfnis, die finanziellen Kräfte zu Rathe zu halten, liegt dort zu Tage. Die Vermehrung der Kopfzahl der Regimenter und die Bewegung der Truppen kann nicht ohne Steigerung der Ausgaben erfolgen. Scheindemonstrationen verbieten sich von selbst. Die Rüstungen müssen also mit der ernstesten Absicht, Krieg zu führen, motivirt sein. Eine andere Erklärung giebt es nicht.

In solcher Lage ist unsere Regierung dafür verantwortlich, daß Preußen nicht überrascht werde; sie ist verantwortlich, daß die österreichischen Rüstungen keinen Zeitvorsprung gewinnen, damit nicht wie im Jahre 1850 Oesterreich plötzlich gerüstet dastehet, während man diesseits an eine solche Eventualität nicht dachte.

Allerdings wird dadurch, daß Rüstung an Rüstung sich knüpft, die Situation immer verwickelter und bedenklicher. Die Schwere der Verantwortung trifft aber, wir wiederholen es, denjenigen, welcher mit militärischen Drohungen begonnen hat.

In einer Bekanntmachung vom 26. August v. J. hatte die preussische Kommission für die Pariser Ausstellung sich die Entscheidung darüber vorbehalten, ob und in welchem Umfange die zur Ausstellung angemeldeten Gegenstände zugelassen werden, und als den Termin, bis zu welchem diese Entscheidung getroffen werden sollte, den 1. Februar d. J. in Aussicht genommen. Durch Bekanntmachung vom 30. Januar war dieser Termin bis zum 31. März hinausgeschoben worden. Wie die Angelegenheit zur Zeit steht, wird wohl eine abermalige Verlängerung dieses Termins nothwendig werden. Denn durch das neue Arrangement in den Hallen des Ausstellungspalastes, was noch nicht einmal in allen Spezialitäten als ein definitives zu betrachten ist, wird eine neue Vertheilung des Raumes an die Aussteller nöthig. Bis jetzt ist aber, dem Vernehmen nach, noch keine Zeichnung von dem in den Hallen zu anderen Zwecken abzutretenden Raume eingegangen.

Eine Bekanntmachung des General-Kommandos und des Ober-Präsidenten der Rheinprovinz vom 27. Februar d. J., welche den Reserven und Landwehrlenten auf den Kontrol-Versammlungen mitgetheilt wird, bestimmt, zur Begegnung von Zweifeln, daß es hinsichtlich der Verpflichtung der Mannschaften, im Falle einer Mobilmachung der Einberoderung pünktlich nachzukommen, durchaus gleichgültig ist, in welcher Weise dieselbe dem Betreffenden bekannt geworden, ob der Befehl auf bestimmtem Tag und Stunde lautet, oder nur ein sofortiges Einkommen vorschreibt. Demnach begründe es also auch für die Verpflichtung und in Bezug auf die Strafbarkeit, wo der Aufforderung nicht nachgekommen werden sollte, durchaus keinen Unterschied, ob dem Betreffenden eine namentliche Einberufungs-Ordnung ausgehändigt, oder ihm nur eine mündliche Weisung durch seine Civil- oder Militär-Behörde zugegangen, oder endlich, ob auch nur allgemeine, gemeinschaftlich von den Ober-, Civil- und Militär-Behörden erlassene Verordnung zur Bestimmung seiner Altersklasse oder seines Aufgebots, auf irgend eine Weise zu seiner Kenntniß gekommen. — Bisher war es Gebrauch, jeden Verpflichteten durch besondere schriftliche Gestellungs-Ordre einzuberufen.

In Sachsen werden die Rekruten mit Umgehung der Marschirungen diesmal gleich in Waffen eingüßt. Es gewährt dies die Beruhigung, daß Sachsen vorerst noch nicht marschiren zu lassen gedenkt, sondern sich auf die Defensiv beschränken will. Ein wahres Glück!

In Gera haben am 15. d. Mts. die von den Regierungen Preußen, Baiern, Weimar, Meiningen, Schwarzburg-Rudolstadt und Neuf jüngere Linie beschickten Konferenzen für die Eisenbahn-Projekte Gera-Hof und Gera-Saalfeld begonnen.

Die „Köln. Blätter“ vom 17. d. schreiben: Heute geht eine Anzahl gezogener Festungsgeschütze von Köln nach den sächsischen Festungen ab.

Am Königl. Hofe wird heut das Geburtsfest Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Karl gefeiert.

Das Provinzial-Schulcollegium der Provinz Sachsen zu Magdeburg hat, nach der „D. A. Z.“, die Gymnasialdirektoren seines Amtsbezirks angewiesen, das bekannte Werk von Johannes Scherr: „Blücher, seine Zeit und sein Leben“, in den „Schülerbibliotheken“ nicht zuzulassen.

Der Abgeordnete (für den Kreis Königsberg N.-M.), Generalmajor a. D. Lehmann ist hierseits gestern Morgen in Folge eines Schlagflusses, der ihn Freitag Abend betroffen, inmitten der Seinen sanft verschieden.

Die „Dresd. Nachr.“ sind so glücklich, ihren Lesern die Versicherung (welche gewiß in Preußen sehr beruhigend wirken wird) geben zu können, daß Preußen Sachsens Neutralität in einem eventuellen Konflikt mit Oesterreich bereits anerkannt habe. In-

folge dieser vom preussischen Landtage gegebenen Erklärung sei die Mobilisirungsordre wieder abgezogen.

Gerüchtesweise verlautet, daß der Kaiser der Franzosen den Regierungen von Preußen id Oesterreich seine Vermittelung in der Herzogthümerfrage angedeutet habe, und man bringt damit die Audienz in Verbindung, die der König unlängst dem französischen Botschafter, Herrn Enetti, ertheilte.

Gnesen, 18. März. Die bekannte Untersuchung gegen den Grafen Fink v. Finkensteden wegen Wechselfälschung, die mit der Beurtheilung desselben zu 10 Jahren Gefängniß endete, noch mehrere Untersuchungen zur Ige haben würde, war schon beim Beginn dieser Untersuchung rauszufehen. Diese Voraussetzung hat sich jetzt verwirklicht. Es sind nämlich unlängst im Ganzen 28 Personen, von denen 12 in Gnesen, die anderen aber in Trzemeszno und an anderen Orten wohnen und welche sämmtlich für den Grafen Finkensteden Wäsel girierten oder solche durch Giro's resp. Cessionen erwarben, wegen Buchens und Betruges durch die Staatsanwaltschaft angeklagt worden, und es steht schon am 26. März vor der Kriminal-Abtheilung in Trzemeszno Termin an.

Defau, 18. März. Je wir vernehmen, hat der Landtag gestern in seiner Plenarsitzung, entgegen dem Kommissionsberichte, seine Zustimmung zur Regierungsvorlage, 30,000 Thlr. zur Aufbesserung der Beamtengehälter in Lande zu verwenden, ertheilt. So wird denn vorläufig die Noth ärarier Beamten in etwas gemildert werden.

Aus Anhalt, 18. März. Durch Verfügung des Kreisgerichts zu Defau vom 14. d. ist über den Nachlaß des am 1. d. zu Berlin verstorbenen ehemaligen Bankpräsidenten Louis Nulandt aus Defau der Konkurs eröffnet worden. Wenn je ein Mann den Wechsel des menschlichen Glückes erfahren, so ist es dieser, der, als er vor 10 Jahren Anhalt in den Börsenschwindel hineinzog und dem Lande dadurch schwere Nachteile zufügte, ein Millionär war. Die von ihm im Jahre 1856 in Defau mit dem Fortschrittmann Dr. Kreisfmar aus Köthen gegründete Kreditbank neigt sich ihrem Ende zu. Die Aktien dieser Bank hatten im Jahre 1856 einen Cours von 116 pSt., jetzt von 2 pSt.

Wien, 18. März. FML. Benedek kehrte bereits in sein italienisches Festungsviereck zurück und erwartet Nachschub. Im Regiment „König der Belgier“ trägt man sich mit dem Gerücht, man werde demnächst zu seiner italienischen Armee beordert werden. Es ist ein Regiment blank und hart und benutzbar wie der Stahl, der aus den Felsentiefen seiner steierischen Heimath hervorgeht. Seine jüngste Blüthe ist durch die Ereignisse der letzten Monate bewährt. Den Nachrichten über Rüstungen wird hier von amtlicher Seite mit Entschiedenheit widersprochen. Die Zeitungen haben einen offiziellen Wink erhalten und werden geziemender Weise ansetzen. Weiteres über Truppenbewegungen im Innern des Reiches zu veröffentlichen. Feldmarschall Erzherzog Albrecht entfaltet in neuester Zeit eine große Thätigkeit und konferirt fast täglich mit hohen Militärs.

Nach einem Telegramme der „Köln. Ztg.“ ist F. Z. M. von Benedek angeblich zum Kommandirenden des eventuellen Operations-Korps in Böhmen ernannt. Dem „Fr. J.“ wird darüber aus Wien berichtet: Wir hören, daß die Größe der zu konzentrirenden Armee auf 200,000 Mann präliminirt ist. Zum Oberkommandanten derselben ist Feldzeugmeister Benedek designirt, nachdem früher für diese Mission auch von Erzherzog Albert und dem FML. Prinzen Alexander von Hessen die Rede gewesen ist.)

Prag, 17. März. Wolfrum und Genossen interpelliren die Regierung wegen der Vorgänge in Schüttenhofen und fragen, ob der dortige Bezirksleiter bis zum Momente des Tumultausbruches ohne Kenntniß geblieben, und wenn er Kenntniß hatte, welche Veranstaltungen derselbe getroffen, diesen Tumulten rechtzeitig zu begegnen, und warum die Maßregeln vollständig wirkungslos geblieben seien? Graf Lazansky erwidert: Die Statthalterei habe eiligst Maßregeln getroffen. Der Kreishauptmann von Pisek habe vollkommen seine Schuldigkeit gethan und gleich Militär-Assistenz berufen. Die Untersuchung sei im Zuge und wenn irgendwo eine Fahrlässigkeit vorgefallen, werde er auf das Entschiedenste sein Amt handeln. Graf Lazansky legt noch die ergriffenen Maßregeln dar: Proklamirung des Standrechts, Truppen-Dislozirung, und erklärt seine Ermächtigung, das Standrecht erforderlichenfalls auch auf weitere Kreise auszudehnen.

Ausland.

Paris, 17. März. Die Börse war sehr niedergeschlagen, die drei Spekulationspapiere, französische, italienische Rente und Kredit mobiler zeigten fallende Tendenz, weil Gerüchte von einem Wortwechsel Seward's mit dem französischen Gesandten in Washington wissen wollten und die telegraphische Nachricht von der Erklärung des Belagerungszustandes in einigen Theilen Böhmens als eine gegen Preußen gerichtete Maßregel angesehen wurde. Das Memorial diplomatique enthält eine sehr tomsche Drohung. Wenn — so schreibt das Wochenblatt — die preussische Regierung sich erlaubte, eine ernste Demonstration in Bezug auf die Herzogthümer zu machen, dann würde Oesterreich keinen Augenblick zögern, die Elbherzogthümerfrage der Donaufürstenthümer-Konferenz zu überweisen! Als ob das von dem Grafen v. Mensdorff allein abhinge und die Entscheidung zu Gunsten und im Sinne des Wiener Kabinetts schon so sicher wäre! Man erfährt jetzt von einem geschickten Manöver des Fürsten v. Metternich. Er war unterrichtet worden, daß der Kaiserliche Prinz mit volendetem zehnten Jahre den Schwarzen Adler-Orden erhalten solle, dessen Statuten eine Verleihung früher nicht gestatten. Er beehrte sich in Wien zu beantragen, den Stephans-Orden einige Wochen früher hierher zu senden, damit es den Anschein gewinne, als habe Preußen dem österreichischen Beispiele nur nachgeahmt. In den Tuilerien, wo man

längst wußte und angenommen hatte, daß der Kronprinz in diesem Jahre den preussischen Orden erhalten solle, ist der Eifer des Fürsten Metternich sehr belächelt worden. Der Kaiser habe, so wird erzählt, den General Fleury gefragt, was er zu der Ueberraschung mit dem Stephansorden sage, darauf habe der Ober-Stallmeister erwidert, er wüßte dem Kaiser von Oesterreich eben so schnell die Krone des heiligen Stephan!

Die gestrige Vorstellung der „Jüdin“ in der großen Oper wurde wegen jämmerlicher Aufführung ausgezischt und mehrere Male durch anhaltendes Pfeifen unterbrochen. — In den letzten 24 Stunden hatte man hier drei starke Gewitter.

Paris, 17. März. Der zehnte Geburtstag des Kronprinzen ist gestern in den Tuilerien gefeiert worden; man legt Gewicht darauf, daß auch in verschiedenen Kreisen von Bonapartisten eine Art von offizieller Feier veranstaltet wurde, bei der es an Ueberschwänglichkeiten nicht fehlte, unter denen aber doch ein gut Stück wirklicher Anhänglichkeit an das Kaiserhaus zum Vorschein kam. Der „Moniteur“ brachte, wie schon seit Jahren herkömmlich, eine Liste von Ernennungen von Maires, unter denen sich ein alter Herr Namens Pierre befand, der schon mal unter dem ersten Kaiserreich Maire gewesen; auch druckt der „Moniteur“ einen Artikel der „Patrie“ über die Fortschritte des Kronprinzen ab. Andere Blätter begnügen sich mit Glückwünschen, nur der „Konstitutionnel“ drückt seine Hoffnungen in sehr blühender Sprache aus. Der Kronprinz von Dänemark wird hier sehr gefeiert und macht überall den günstigsten Eindruck. Einige meinen, seine Anwesenheit habe einen politischen Zweck und General Kaufmann verhandelt insgeheim, um eine Rückgabe des dänischen Theils von Nordschleswig zu erlangen; die Rückgabe selbst des kleinsten Theils würde ein Balsampflaster für die dänische Wunde sein, und es giebt Leute genug, welche der Verhandlung Erfolg versprechen; im Ganzen wird der Kronprinz aber wohl thun, die französische Artigkeit nicht als ein Pfand ernstlicher Unterstützung anzunehmen. Der frühere Fürst Kusa soll hier eingetroffen sein; die Pariser Bosheit sagt, er habe seine Reise beschleunigt, um der bevorstehenden ersten Wiederauführung der „biche au bois“, des bekannten Nuditäten-Spektakels, noch beiwohnen zu können. Vierhundert junge Weiber und Mädchen sind zu dieser Aufführung bereits angeworben.

London, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses zeigte Earl Granville an, daß er am 23. März die Vertagung über Ostern bis zum 12. April beantragen werde. — Lord Ellenborough fragt, was geschehen solle, wenn ein Friedensrichter sich weigern würde, den gegen die Diebstehle zu erlassenden Verordnungen des Geheimen Raths Folge zu leisten? Er scheint solche Fälle voraussehen. — Lord Granville erwidert, daß der Lord Kanzler dann zu entscheiden haben werde, ob der Ungehorsame noch länger auf der Liste der Friedensrichter zu bleiben verlohne oder nicht.

Im Unterhause bemerkt der Minister des Innern, Sir G. Grey, daß die Regierung den ersten Theil der von Mr. Disraeli vorgeschlagenen Formel für den Parlaments-Eid ohne Anstand annehmen könne; doch wäre es rathsam, den Ausdruck „vertheidigen“ (die Thronfolge zu vertheidigen) wegzulassen, weil gewisse ehrenwerthe Gentlemen (die Quäker) darin eine ihren Gewissen widerstreitende Verpflichtung zum Kriegsdienst sähen. — Das Haus geht darauf in Comitè. Mr. Disraeli beantragt den ersten auf die Thronfolge nach der Act of Settlement bezüglichen Satz seiner Formel und derselbe wird ohne Diskussion genehmigt. — Hierauf schlägt er den zweiten Satz vor, daß „Ihre Majestät unter Gottes Schutz alleinige Herrscherin dieses Reiches ist, und daß kein fremder Fürst, Prälat, Staat oder Potentat irgend eine Gerichtsbarkeit oder Autorität in den Gerichtshöfen desselben hat.“ — Dies Amendement wird mit 236 gegen 222 Stimmen verworfen. Die Regierungsformel für den Parlaments-Eid mit dem Zusatz des ersten Satzes der Formel Disraeli's wird dann genehmigt und ist durch das Comité gegangen. — Im Subsidien-Comité werden dann mehrere Posten des Flottenbudgets bewilligt. Vorher geht eine Diskussion, in deren Verlauf Sir J. Walsh darauf hinweist, daß es nöthig sei, nicht bloß gepanzerte Fregatten und Linienfahrer, sondern auch gepanzerte Korvetten und Fahrzeuge kleineren Kalibers zu bauen. — Mr. Baillie klagt, daß die englische Flotte weder zum Schuß, noch zum Trug ausreichte, und daß sie sowohl im Mittelmeer, wie im Stillen Weltmeere eine untergeordnete Rolle spiele. — Zu seiner Beruhigung verweist Lord C. Paget, daß die Flotte vielleicht numerisch klein aussehe möge, aber in wirklicher Kraft größer sei, als sie seit vielen Jahren gewesen.

Im Unterhause sagt Mr. Layard auf Befragen, daß J. Maj. Regierung in fortwährender Korrespondenz gewesen sei mit den Regierungen von Spanien, Peru und Chili, um zu erfahren, ob etwa Kriegsschiffe für diese jetzt kriegführenden Länder in England gebaut würden. Sie habe die Versicherung erhalten, daß kein solches Schiff während der Dauer des Krieges von England abgehen werde, und sie habe allen Grund, zu glauben, daß keines seit dem Ausbruche des Krieges abgegangen sei. Der chilenische Gesandte habe der Regierung J. Maj. zu wissen gethan, daß seine Regierung sich ganz nach dem englischen Gesetze zu richten beabsichtige. — Sir H. Rawlinson wünscht zu wissen, ob J. Maj. Regierung irgend eine Nachricht über den Marsch einer russischen, unter General Tschernajeff stehenden Streitmacht von Tashkend gegen Buchara erhalten habe, und was wohl der eingestandene Zweck einer solchen Expedition sein möge. — Mr. Layard: Es ist der Regierung wohl ein Gerücht zugekommen, daß die Russen gegen Buchara vorrückten, aber wir haben weder eine bestimmte Nachricht darüber, noch wissen wir etwas über den Zweck des Marsches, falls ein solcher stattgefunden hat. (Er sollte nur gegen Khofand gehen, und man hat seit längerer Zeit keine Nachrichten von den Schid-

